

EINE SCHWEIZ OHNE ARMEE?

12 Meinungen

12 Feststellungen

**Die Neue Helvetische Gesellschaft, Ortsgruppe Winterthur,
zur Volksinitiative «für eine Schweiz ohne Armee
und für eine umfassende Friedenspolitik»**

INHALT:

Worum geht es?

1 Wunsch und Wirklichkeit sind nicht dasselbe

2 Unsere Welt ist keine friedliche

3 Wozu dient unsere Armee?

4 Ändert sich die politische Lage grundlegend?

5 Pazifismus als Kriegsursache

6 Was geschieht, wenn man wehrlos ist?

7 Nützt doch alles nichts?

8 Gibt es andere Möglichkeiten der Selbstbehauptung?

9 Aussenpolitik statt Landesverteidigung?

10 Neutralität und Wehrbereitschaft gehören zusammen

11 Ist die Umweltsituation die Hauptbedrohung?

12 Sind Volk und Armee zweierlei?

Unser Wort zum Schluss

Worum geht es?

Liebe Leserin, lieber Leser,

In unserer Zeit haben viele Menschen Angst – Angst vor der Bedrohung der Umwelt, des Friedens und des Lebens überhaupt. Ziele wie die Bewahrung der Umwelt und die Verwirklichung des Weltfriedens gehen uns alle an.

Auch die Urheber der Initiative zur Abschaffung der Schweizer Armee berufen sich auf unsere Friedenssehnsucht. Am 12. September 1986 hat die GSoA («Gruppe Schweiz ohne Armee») ihr Begehren «für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» mit 111 300 gültigen Unterschriften eingereicht. Es hat folgenden **Wortlaut**:

I. Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Artikel 17

Die Schweiz hat keine Armee.

Bund, Kantonen, Gemeinden und Privaten ist untersagt, militärische Streitkräfte auszubilden oder zu halten.

Die Schweiz entwickelt eine umfassende Friedenspolitik, welche die Selbstbestimmung des Volkes stärkt und die Solidarität unter den Völkern fördert.

Die Ausführung dieser Verfassungsbestimmung ist Sache der Bundesgesetzgebung.

Artikel 18

Keine Bestimmung dieser Verfassung darf so ausgelegt werden, dass sie die Existenz einer Armee voraussetze oder rechtfertige.

II. Die Artikel 13, 15 zweiter Satz, 19–22, 34ter Absatz 1 Buchstabe d, 42 Buchstabe c, 85 Ziff. 9 und 102 Ziff. 11 der Bundesverfassung werden aufgehoben.

(Hinzu kommen einige hier weggelassene Übergangsbestimmungen.)

Dieses Begehren steht bezüglich Radikalität der Forderung in der Geschichte des schweizerischen Initiativrechts einzig da. Mit der verlangten Abschaffung der Armee stellt es Artikel 2 der Bundesverfassung, der die Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit zum Staatszweck Nummer eins erklärt, in Frage.

Es ist diese Radikalität, welche die Neue Helvetische Gesellschaft Winterthur nach eingehendem Studium bewogen hat, den NHG-Hauptauftrag des Vermittelns, Aufklärens und Über-der-Sache-Stehens für einmal **durch eine Stellungnahme zu ergänzen.**

Wir tun dies in zwölf Kapiteln, und zwar so, dass wir zu Beginn jedes Kapitels eine wichtige These der Initianten zitieren und uns dann damit auseinandersetzen. Alle Zitate sind den von den Initianten herausgegebenen «GSoA-Infos» entnommen, wenn in Anführungszeichen wörtlich, sonst sinngemäss.

1. Wunsch und Wirklichkeit sind nicht dasselbe

Die Initianten meinen:

«Wir wollen auf einen alltäglichen Unsinn oder gar Wahnsinn aufmerksam machen. ... Ideen des Gewaltverzichts und aktiver Friedenspolitik» sind «nicht bloss ‚utopische Fantasien‘»

Dem wird entgegengehalten:

Mit Ideen allein ist es nicht getan. Wir müssen gangbare Wege suchen.

Eine friedliche Welt – wer wünschte sie nicht? Wer fühlte sich nicht diesem hohen Ziel verpflichtet? Und wer sieht nicht ein, dass entschiedenes Eintreten für den internationalen Frieden angesichts der Zerstörungskraft moderner Waffen immer mehr zur zwingenden Notwendigkeit wird?

Schon ein flüchtiger Blick auf die Wirklichkeit macht jedoch klar, **wie weit unsere Welt von diesem Ziel entfernt ist.** Weltfrieden ist vorerst eine blosse Vision. Solche Visionen sind für das politische Denken zwar notwendig; sie setzen etwas in Bewegung und geben eine Richtung an. Aber sie tragen auch erhebliche Gefahren in sich. **Vor allem müssen wir uns davor hüten, den Sinn für die Wirklichkeit zu verlieren.** Denn Wunsch und Wirklichkeit sind immer zweierlei; wir dürfen Ziele nicht mit Tatsachen verwechseln.

Zwischen Ausgangspunkt und angestrebtem Ziel liegt stets ein Weg, und je höher das Ziel gesteckt ist, umso länger und schwieriger ist dieser Weg. Gerade ein so anspruchsvolles Ziel, wie es der internationale Friede ist, erfordert daher eine ebenso gründliche wie nüchterne Überprüfung der Ausgangslage und der gangbaren Wege. **Sonst geht man in eine falsche Richtung und verirrt sich.** Das wäre in einer Welt voller Spannungen und Konflikte höchst gefährlich.

Daher stellen wir fest:

Eine friedliche Welt ist unser Ziel. Aber wir dürfen uns nicht so verhalten, als ob sie bereits Wirklichkeit wäre.

2. Unsere Welt ist keine friedliche

Die Initianten meinen:

«Wir leben in Europa in einer Zone, in der wir dank intensiver Friedenspolitik ein Miteinander statt ein Gegeneinander vorleben könnten».

Dem wird entgegengehalten:

Die Wirklichkeit sieht anders aus.

In Europa stehen hochgerüstete Armeen einander gegenüber. Es gibt Zehntausende von Panzern und Kanonen, Tausende von Flugzeugen und Helikoptern und andere Waffen mehr. Der Warschauerpakt ist überlegen und offensiv ausgerüstet. Daran ändern auch die vom Ostblock angekündigten bescheidenen Truppenreduktionen und die Verschrottung einiger – wohl ohnehin veralteter – Waffen wenig. Die Modernisierung der Streitkräfte geht weiter.

Das einzige Abrüstungsabkommen, das bisher in Kraft getreten ist, betrifft die atomaren Mittelstreckenraketen mit über 500 km Reichweite. Es erfasst aber nur 4% aller Nuklearwaffen.

Eine ins Gewicht fallende Abrüstung im Bereich der konventionellen Streitkräfte gibt es bisher nicht. Zwar wird schon seit 1973 darüber verhandelt, bis heute jedoch ohne handfeste Resultate. Europa steckt weiterhin voller Waffen.

Die Schweiz liegt mitten im Spannungsfeld drin. Zusammen mit Österreich bildet sie einen Riegel im Zentrum Westeuropas. Sie kontrolliert wichtige Alpenübergänge, einen Teil der Donau-Rhein-Achse und den Korridor Bodensee-Genfersee. Das Vorhandensein mächtiger Angriffsarmeen bedeutet eine dauernde Gefahr, und wenn wir heute auch nicht direkt bedroht sind, **so kann sich das rasch wieder ändern.**

Einseitige Abrüstung der Schweiz wäre in dieser Lage gefährlich, nutzlos und widersinnig,

- gefährlich, weil sie uns wehrlos fremder Gewaltanwendung aussetzt,
- nutzlos, weil sie am Vorhandensein riesiger Waffenarsenale nichts ändert,
- widersinnig, weil wir ohnehin niemanden bedrohen und unsere Entwaffnung so auch keine Bedrohung abbaut.

Daher stellen wir fest:

Für einen Kleinstaat ist es verhängnisvoll, mit der Abrüstung voranzugehen, und es wäre erst noch kein Beitrag zum Frieden. Eine unverschlossene Wohnungstür hält keine Einbrecher ab.

3. Wozu dient unsere Armee?

Die Initianten meinen:

«Die Schweiz hat keine Armee mehr nötig. Sie könnte mutig sein, sich ohne Waffen zu behaupten.»

Dem wird entgegengehalten:

Die Armee schützt uns vor Krieg und Besetzung. Sie verschafft uns Sicherheit.

Unsere Armee ist ein Verteidigungsinstrument für den Notfall. Sie hat die Aufgabe, das Land am Boden und in der Luft gegen einen militärischen Angriff zu verteidigen und dem Angreifer das Erreichen seiner Ziele – sei es eine Besetzung oder ein Durchmarsch – zu verwehren oder doch stark zu erschweren.

Wenn sie so ausgerüstet und ausgebildet ist, dass sie diese Aufgabe erfüllen kann, wird ein allfälliger Gegner von vornherein auf einen Angriff verzichten, weil dann sein Aufwand, verglichen mit dem möglichen Nutzen, zu gross wird. Das ist das **Prinzip der Abhaltung** (Dissuasion). Es hat in zwei Weltkriegen dem Lande Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit bewahrt; es hat sich auch seither bewährt.

Unsere Armee schützt also Freiheit und Unabhängigkeit, und nicht umsonst steht gerade die Erhaltung von Freiheit und Unabhängigkeit in der Bundesverfassung (Art. 2) unter den Staatszwecken an erster Stelle. Beide sind Voraussetzung für die Erfüllung aller weiterer Staatsaufgaben, gehe es um soziale Wohlfahrt, Verkehr, Umweltschutz oder irgendetwas anderes.

Als reines Verteidigungsinstrument gefährdet unsere Armee auch den Frieden nicht. Wer sich nur verteidigt, verursacht keinen Krieg. Krieg setzt stets einen Angreifer voraus. Unsere Armee aber greift niemanden an. Sie ist dafür weder ausgebildet noch ausgerüstet.

Daher stellen wir fest:

Eine Abschaffung der Schweizer Armee gefährdet unsere Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit. Wer sich zum Schaf macht, den fressen die Wölfe. Das gilt auch heute und morgen.

4. Ändert sich die politische Lage grundlegend?

Die Initianten meinen,

die Initiative ermögliche uns, «den Beitrag eines Kleinstaates zur weltweiten Abkehr vom Militärischen einzulösen und zum Neudenken einer globalen Friedenspolitik beizutragen.»

Dem wird entgegengehalten:

Solide Politik setzt Vorsicht und eine kritische Lagebeurteilung voraus.

In der Sowjetunion ist eine neue Entwicklung in Gang gekommen. Damit ist das internationale Klima freundlicher geworden. **Doch wohin diese Entwicklung führt, weiss vorläufig niemand.** Sie steckt noch in den Anfängen und hängt in hohem Masse davon ab, ob sich die jetzige Führung langfristig gegen die unzähligen Schwierigkeiten sowie die Widerstände im eigenen Land durchsetzen kann. Und selbst wenn dies der Fall ist, **wird nicht sogleich alles anders.** Tiefgreifende Umgestaltungen erfordern Jahrzehnte.

Im übrigen ist es nicht plötzlich aufgeflammete Friedensliebe, welche die russische Führung zu einem Kurswechsel veranlasst, sondern **der Druck der Verhältnisse zwingt sie dazu.** Das kommunistische System hat versagt. Die Planwirtschaft liegt im argen. Die Versorgungslage ist katastrophal, und der technische Rückstand wird immer grösser. **Es ist diese Krise,** die Entlastungsmassnahmen gebietet: Entschärfung von Konflikten, Reduktion der Militärausgaben und Abbau kriegerischer Verwicklungen.

Aber noch ist die Sowjetunion ein totalitärer Staat mit seiner Unberechenbarkeit. Noch ist Osteuropa von Moskau unterworfen; noch gibt es den Eisernen Vorhang und die Berliner Mauer – aber keine demokratischen Wahlen. Und vergessen wir nicht: Gerade während der Entspannungsphase der siebziger Jahre hat die UdSSR jene gewaltige Aufrüstung durchgeführt, die ihr militärische Überlegenheit brachte. – Das alles legt vorsichtige Zurückhaltung nahe. Eine Armee kann nicht im Moment der Gefahr schnell wieder aufgebaut werden. **Dann muss man sie haben.**

Daher stellen wir fest:

Landesverteidigung als Daueraufgabe darf nicht auf unsichere Entwicklungen abstellen. Man kann die Feuerwehr nicht erst schaffen, wenn es brennt.

5. Pazifismus als Kriegsursache

Die Initianten meinen:

«Frieden schaffen ist nur möglich ohne Waffen.»

Dem wird entgegengehalten:

Wir alle wollen den Frieden. Aber Frieden mit untauglichen Mitteln anzustreben, führt zu genau gegenteiligen Resultaten.

Der Pazifismus der dreissiger Jahre in Frankreich und Grossbritannien verhinderte die Bereitstellung jener militärischen Mittel, welche die vom nationalsozialistischen Deutschland aufgebaute Angriffsarmee hätten in Schranken halten können. Hilflos mussten Franzosen und Engländer zusehen, wie Hitler sie ein ums andere Mal ausmanövrierte: bei der Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes (1936), beim Einmarsch in Österreich (Frühjahr 1938), bei der Besetzung des tschechischen Sudetenlandes (Münchener Abkommen, Herbst 1938) und bei jener der restlichen Tschechoslowakei (Frühjahr 1939).

Im Vertrauen auf die militärische Unterlegenheit seiner Gegner überfiel Hitler schliesslich vor 50 Jahren (am 1. September 1939) Polen und löste damit den Zweiten Weltkrieg aus: Pazifismus als Kriegsursache! Europa hat diesen Pazifismus mit Millionen von Toten, unsagbarem Elend und der Versklavung seines östlichen Teils bezahlt.

Im Gegensatz zu dieser unheilvollen Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg **hat militärische Abwehrbereitschaft Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg eine nun bereits 44jährige Friedensperiode gebracht:** Friede durch Verteidigungsbereitschaft! Daraus hat auch die Schweiz Nutzen gezogen, und sie hat in ihrem Raum ihren Beitrag geleistet. Sollen wir Bewährtes ersatzlos preisgeben?

Auch die überfallartige Besetzung Afghanistans Ende Dezember 1979 war nur möglich, **weil niemand der sowjetischen Expansion Widerstand zu leisten imstande war.** Auch hier – in neuester Zeit also – entstand Krieg infolge mangelnder Verteidigungsmöglichkeit.

Daher stellen wir fest:

Gerade der Friedliebende muss abwehrbereit sein, damit niemand das Risiko eingeht, ihn anzugreifen. Das gilt heute genau wie früher.

6. Was geschieht, wenn man wehrlos ist?

Die Initianten meinen:

«Das Risiko, das eine Schweiz ohne Armee einging, ist zumindest nicht grösser als das Risiko, das die Schweiz mit der Armee eingeht.»

Dem wird entgegengehalten:

Ohne Armee wären wir jedem Übergriff, fremder Besetzung und politischer Erpressung wehrlos ausgeliefert.

Zur Zeit der napoleonischen Kriege – an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert – **war die Schweiz letztmals von fremden Truppen besetzt.** Weil sie intern uneins und nicht abwehrbereit war, bekämpften sich Franzosen, Österreicher und Russen in unserem Land. Die Folgen waren schrecklich: Verwüstung, Hunger, Elend, Seuchen, Tod und unbeschreibliche Grausamkeiten gegenüber der Bevölkerung, Zwang zur Mitwirkung am napoleonischen Russlandfeldzug und tiefste moralische Erniedrigung.

Im Zweiten Weltkrieg besetzten Hitlers Truppen Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen und weitere Kleinstaaten, deren Verteidigung ungenügend war. Nur Schweden und die Schweiz mit ihrer erheblichen Abwehrbereitschaft blieben frei. Die Nationalsozialisten plünderten die besetzten Länder, deportierten Millionen, pressten die jungen Menschen in die eigene Armee und liessen sie im Russlandfeldzug verbluten. Sie erschossen Geiseln zu Tausenden, brachten als Vergeltung gegen Widerstand wehrlose Frauen und Kinder um und machten ganze Dörfer dem Erdboden gleich.

Im Dezember 1979 besetzten die Russen überraschend Afghanistan. Der Überfall gelang, weil keine Abwehr vorhanden war. Die jahrelange blutige Unterdrückung trieb 5 Millionen Afghanen zur Flucht ins Ausland. Zwei Millionen Flüchtlinge gibt es im Lande selber. Dazu sind über eine Million Tote und noch weit mehr Verwundete und Verstümmelte zu beklagen – bei einer Einwohnerzahl um die 20 Millionen. Die russische Invasion hat das Land nicht nur zerstört, sondern auch politisch gespalten und zu inneren Wirren geführt: Ergebnis fremder Besetzung!

Daher stellen wir fest:

Fehlende Abwehrbereitschaft bringt Krieg und fremde Besetzung mit unvorstellbarem Leid, namentlich auch für Frauen und Kinder.

7. Nützt doch alles nichts?

Die Initianten meinen:

«Wenn in Europa Krieg ausbricht, dann ist es auch mit der Schweiz vorbei.» In einem Atomkrieg gebe es kein Überleben.

Dem wird entgegengehalten:

Die Initianten sprechen nur von einem unwahrscheinlichen Extremfall. So stellt sich das Problem aber nicht.

Ein Atomkrieg ist zwar möglich, aber äusserst unwahrscheinlich. Er ist unwahrscheinlich,

- weil er für den Angreifer das Risiko der eigenen Vernichtung einschliesst,
- weil ein Angreifer nicht völlig zerstören will, was er zu erobern gedenkt,
- weil totale Zerstörung und Verstrahlung jeden militärischen Durchmarsch verunmöglicht.

Es ist denn auch kein Zufall, dass die gegen 150 Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg alle nur mit konventionellen Waffen ausgetragen wurden, auch dort, wo Atom-mächte direkt oder indirekt engagiert waren. Offensichtlich will niemand einen Atomkrieg.

Durchaus möglich aber sind Kriege mit konventionellen Waffen, verbunden mit Terrorismus, Subversion und psychologischer Erpressung. Dagegen können wir uns wehren. Und noch wichtiger: Durch gute Verteidigungsbereitschaft können wir erreichen, dass wir gar nicht angegriffen werden, weil der Aufwand für einen Angreifer zu hoch wäre (Dissuasion, Kapitel 3).

Genau das ist auch die Haltung der andern Neutralen, diejenige von Schweden, Finnland, Österreich und Jugoslawien. Und vergessen wir eines nicht: Das emsige Ausmalen der atomaren Vernichtung ist auch dazu bestimmt, Schrecken und Angst zu schüren, den Wehrwillen zu untergraben und ein Land auf diese Weise unterwerfungsbereit zu machen.

Daher stellen wir fest:

Wenn wir uns vor einer unwahrscheinlichen Gefahr nicht schützen können, so bedeutet das nicht, dass wir uns gegen viel wahrscheinlichere Gefahren auch nicht schützen sollen. Weder Blitzableiter noch Sicherheitsgurten garantieren absoluten Schutz. Und doch gebietet die Vernunft, Häuser mit Blitzableitern zu versehen und im Auto Gurten zu tragen.

8. Gibt es andere Möglichkeiten der Selbstbehauptung?

Die Initianten meinen,

eines ihrer Friedensmodelle stelle der offiziellen Politik «eine dreifache Strategie von Friedenspolitik, sozialer Verteidigung und organisierter Solidarität entgegen».

Dem wird entgegengehalten:

Alle Erfahrungen bis auf den heutigen Tag beweisen, dass mit solchen Modellen allein kein Erfolg zu erzielen ist.

Den Initianten ist zuzustimmen, dass alles zur Förderung des Friedens zu unternehmen ist. **Wer in der Wirklichkeit und nicht bloss in theoretischen Denkmodellen lebt**, kommt jedoch um die nüchterne Erkenntnis nicht herum, dass damit **allein** Friede, Freiheit und Unabhängigkeit nicht zu wahren sind.

Den Dänen, Norwegern und andern haben im Zweiten Weltkrieg weder passiver Widerstand (Arbeitsverweigerung, Steuerstreik usw.) noch soziale Verteidigung die Befreiung gebracht. Befreit worden sind sie durch die alliierten Armeen und die Opfer der andern, während das wehrhafte Finnland stets seine Freiheit zu behaupten vermochte. Was nützen heute den baltischen Staaten – Litauen, Lettland und Estland, die 1919 bis 1940 unabhängig waren – solche Rezepte? Was nützen sie jenen Völkern Osteuropas, die ihre kommunistischen Regierungen hinwegfegen würden – wenn sie könnten?

Auch der anfangs 1989 erfolgte Abzug der Russen aus Afghanistan ist **durch militärischen Widerstand erzwungen worden**, der durch umfangreiche Waffenlieferungen von aussen möglich geworden war. Die Rote Armee hat eine Niederlage erlitten.

Gewiss, wenn ein Land besetzt ist, haben passiver Widerstand und soziale Verteidigung neben dem Kleinkrieg oft eine Rolle gespielt. Sie sind eine letzte Möglichkeit, sich zu wehren. Aber warum sollen wir erst einmal eine Besetzung in Kauf nehmen?

Daher stellen wir fest:

Unter den heutigen Umständen gibt es keinen tauglichen Ersatz für die militärische Landesverteidigung. Blosser Friedensmodelle schützen uns nicht.

9. Aussenpolitik statt Landesverteidigung?

Die Initianten meinen,

Krieg werde nicht durch Kriegsvorbereitungen verhindert, «sondern durch eine aktive Friedenspolitik und durch radikale Abrüstung.»

Dem wird entgegengehalten:

Friedenspolitik und Verteidigungsbereitschaft sind keine Gegensätze, sondern ergänzen einander.

Zum Frieden beizutragen, muss Leitlinie jeder konstruktiven Politik sein. Neutralität ist an sich schon Friedenspolitik (Kapitel 10). Die Schweiz handelt aber auch sonst nach dieser Leitlinie. Wir

- sind, gemeinsam mit andern Neutralen, aktiv an den Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE),
- beteiligen uns an Abrüstungsbemühungen,
- setzen uns für die Menschenrechte ein,
- stellen unsere guten Dienste zur Verfügung,
- versuchen mit der Entwicklungspolitik, Spannungsherde zu entschärfen,
- liefern die Basis für das Internationale Rote Kreuz,
- offerieren Vermittler in Konfliktsfällen,
- halten unser Territorium für internationale Konferenzen zur Verfügung und sichern diese durch die Armee.

Wir tun alles, was in unseren Möglichkeiten liegt. Aber die Möglichkeiten eines Kleinstaates sind naturgemäss beschränkt. Der Friede in der Welt hängt nicht von uns ab. Wir können Gewalt nicht verhindern und auch nicht jene Konflikte aus der Welt schaffen, die Ursache von Rüstung und Krieg sind. Wir können auch uns selber nicht mit rein politischen Mitteln vor einem gewaltsamen Angriff schützen.

Weil aber Gewalt eine Realität ist, brauchen wir neben politischen auch militärische Mittel. Das ist kein Entweder-Oder, sondern ein Sowohl-Als-Auch. Und vergessen wir eines nicht: Nur ein freies und unabhängiges Land ist überhaupt in der Lage, Friedenspolitik zu betreiben. Die Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit ist erste Voraussetzung dazu.

Daher stellen wir fest:

Die Forderung, militärische durch politische Mittel zu ersetzen, entspringt einem eingleisigen Denken, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Wir brauchen beides, heute und morgen.

10. Neutralität und Wehrbereitschaft gehören zusammen

Die Initianten meinen,

die Schweiz solle ein friedenspolitisches Signal in Richtung Abrüstung setzen. «Für die neutrale Schweiz ist ein solcher Schritt am ehesten in der Abschaffung der Armee zu sehen.»

Dem wird entgegengehalten:

Gerade die Neutralität setzt eine wirksame Landesverteidigung voraus. Sonst ist sie weitgehend wirkungslos.

Neutralität ist an sich schon Friedenspolitik; der Neutrale verzichtet ausdrücklich auf jede Gewaltanwendung gegenüber andern Staaten. Verhielten sich alle so, gäbe es keinen Krieg. So ist denn auch unsere Armee – genau wie die finnische, schwedische, jugoslawische und österreichische – ausschliesslich Mittel der Selbstverteidigung.

Der Neutrale schafft damit ein Element der Stabilität; sein Verhalten ist für alle berechenbar. Jedermann weiss, dass er ihn nicht zum Feind hat – es sei denn, er greife ihn selber an.

Das gilt aber nur, wenn der Neutrale willens und fähig ist, sich nötigenfalls wirksam zu verteidigen. Ist er wehrlos, wird er im Konfliktsfall besetzt und dient der einen Seite als Basis gegen die andere, so wie es Belgien, Holland, Dänemark und Norwegen im Zweiten Weltkrieg ergangen ist. Neutralität bewährt sich im Krisenfall nur dann, wenn sie eine bewaffnete ist.

Das ist nicht nur politische Logik, sondern auch völkerrechtliche Verpflichtung. Das Völkerrecht (Haager Abkommen über die Neutralität von 1907) verpflichtet den Neutralen, alle zumutbaren Anstrengungen zur eigenen Verteidigung zu unternehmen. Ohne Landesverteidigung gibt es keine völkerrechtlich untermauerte Neutralität.

Die von den Initianten erwähnten «Gegenbeispiele» stimmen nicht. Im Falle von Costa Rica spricht man zwar nur von Polizeikräften; faktisch sind diese aber eine für mittelamerikanische Verhältnisse beachtliche Armee. Das Land ist überdies durch regionale Paktsysteme geschützt. Island ist nicht neutral. Es stellt den USA einen wichtigen Stützpunkt zur Verfügung (Keflavik) und lässt sich durch die amerikanische Flotte und Luftwaffe sichern.

Daher stellen wir fest:

Mit der Abschaffung der Armee würde auch die Neutralität preisgegeben.

11. Ist die Umweltsituation die Hauptbedrohung?

Die Initianten meinen:

«Es gibt keine militärische Gefahr (ausser den Atombomben). Die wirklichen Gefahren liegen bei den drohenden Umweltkatastrophen.»

Dem wird entgegengehalten:

Umweltprobleme bestehen. Aber die militärischen Gefahren verschwinden deswegen nicht.

Die Umweltprobleme erfordern unseren entschlossenen Einsatz. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass wir mit der Zerstörung der Natur unsere eigenen Lebensgrundlagen vernichten. Die Abwendung drohender Katastrophen verlangt ein auch international koordiniertes Vorgehen.

Aber es ist eine zu enge Denkweise, über den Umweltproblemen die politisch-militärischen einfach zu verdrängen. **Das Auftauchen neuer Gefahren ändert an den bestehenden nichts.** Zwar ist die Bedrohung heute keine akute, sondern eher eine latente. Doch Dutzende einsatzbereiter Divisionen und gewaltige Bestände an Kriegsmaterial können sie bei einem jederzeit möglichen Wechsel des politischen Klimas unversehens wieder akut werden lassen. Dann müssen wir bereit sein.

Es gilt daher, für beides zu sorgen, für Umweltschutz und Landesverteidigung. Wir tun es! Die Schweiz ist in der Umweltpolitik international führend, und wenn auch die Probleme bei weitem noch nicht gelöst sind, haben wir doch schon bemerkenswerte Erfolge erzielt. Zudem sind wir an internationalen Abkommen beteiligt, z. B. an demjenigen zum Schutze der Ozonschicht und an der Konvention über die Beseitigung von Sonderabfällen.

Und vergessen wir eines nicht: **Wirksame Umweltpolitik setzt voraus, dass wir ein freies Land bleiben.** Sonst haben wir zum Umweltschutz nichts mehr zu sagen. Nebenbei bemerkt: Der Sinn für die Bewahrung der Umwelt ist in den freiheitlichen Demokratien des Westens zwar unterschiedlich, aber im allgemeinen doch am besten entwickelt. Umgekehrt ist nirgends gegenüber der Umwelt dermassen gestündigt worden wie in den kommunistischen Staaten Osteuropas.

Daher stellen wir fest:

Das Entweder-Oder-Denken ist falsch. Wir müssen Umweltschutz betreiben **und** für Sicherheit sorgen. Wir können es auch.

12. Sind Volk und Armee zweierlei?

Die Initianten meinen,

die Armee stehe dem Volk fremd und feindlich gegenüber. Sie verhindere freies Denken und sei ein Instrument der Unterdrückung.

Dem wird entgegengehalten:

Was die Initianten zeichnen, ist ein Zerrbild ohne Zusammenhang mit der Wirklichkeit.

Den Initianten gelingt es nicht, glaubhaft darzutun, dass unsere Armee zur Wahrung von Freiheit und Unabhängigkeit nicht mehr nötig sei. **Sie versuchen daher, mit allerlei Anschuldigungen die Armee in Verruf zu bringen:** Sie zerstöre die Demokratie, fördere Untertanengeist, bedrohe selbständiges Denken und trage zur Unmündigkeit des Bürgers bei. Sie untergrabe die Menschlichkeit und pflanze eine zur blossen Illusion gewordene Wehrhaftigkeit.

Wie jede menschliche Institution hat natürlich auch die Armee ihre Mängel; aber was die Initianten vorbringen, ist ein Zerrbild. **Wer ist denn eigentlich diese Armee?** Sie besteht aus den 430 000 Männern und Frauen, die jährlich 13 Millionen Diensttage leisten. Sie besteht aus den 625 000 militärisch Eingeteilten. Weitere ca. 500 000 zählen in ihren jüngeren Jahren dazu.

Diese vielen Hunderttausend sind Bürgerinnen und Bürger, die mitten im zivilen Leben stehen. Es sind keine unmündigen Untertanen, unfähig zu eigenem Denken. Es sind keine unterwürfigen Marionetten, die sich als Werkzeug der Unterdrückung oder des Kriegswahnsinns missbrauchen und von einer blossen Illusion irreleiten lassen.

Es sind Frauen und Männer aus dem Volk, die für unsere Demokratie eintreten. Sie leisten ihren Dienst nicht aus Freude am Krieg, sondern aus Vernunft, **weil sie trotz allen Unannehmlichkeiten die Notwendigkeit einsehen.** Sie denken nicht weniger weit als die Initianten, sondern ein wenig weiter.

Daher stellen wir fest:

Unsere Milizarmee ist eine Volksarmee. Die Hunderttausende von Dienstleistenden widerlegen die Behauptungen der Initianten durch die Tat.

Unser Wort zum Schluss

In seinem vielbeachteten Buch «Die Zeit drängt» (Carl Hanser Verlag, 7. Auflage, 1988, S. 53) schreibt der Physiker und Philosoph Carl Friedrich v. Weizsäcker: «Gewiss muss die politische Institution des Krieges überwunden werden. Sie ist aber heute nicht überwunden, und es bezeugt törichtes Wunschdenken, wenn wir handeln, als wäre sie überwunden.»

Tatsächlich liegt der Initiative Wunschdenken zugrunde. Die Initianten gehen von der Illusion eines Menschenbildes aus, in dem Machtentfaltung, Rivalität und Aggression keinen Platz finden. Das führt sie zur unrealistischen Vorstellung, man könne allein mit Vernunft und einsichtigem Handeln derart wirken, dass militärische Verteidigung überflüssig werde. Wunschdenken hat die Initianten zu falschen Schlüssen bewogen.

Mit der Abschaffung der Armee schaffen wir den Krieg nicht ab. Wir setzen nicht einmal ein wirksames Signal, denn niemand wird uns folgen, schon gar nicht jene mächtigen Länder, auf die es für den Frieden vor allem ankommt. **Zudem würden wir uns gefährlichen Risiken aussetzen.** Ohne grossen Aufwand könnte die Schweiz besetzt werden. Zwangsläufig würde sie in einen europäischen Konflikt hineingerissen, und die Neutralität verlöre ihre praktische Bedeutung.

Wir alle wollen den Frieden. Neben der militärischen Landesverteidigung unterstützt die NHG daher auch alle andern Bemühungen zur Friedenssicherung: die Entwicklungszusammenarbeit, das Einstehen für die Menschenrechte, Abrüstungsverhandlungen und eine aktive Aussenpolitik überhaupt. Aufgrund der Initiative aber steht heute nichts weniger als **die Abschaffung unserer Armee** zur Diskussion. **Das lehnen wir ab.**

Der NHG ist die Bewahrung des geistigen und politischen Erbes der Eidgenossenschaft sowie deren Teilnahme an den abendländischen Kulturen ein wichtiges Anliegen. Sie steht für den wehrhaften Kleinstaat Schweiz, dessen Würde und Sicherheit ein. Wer dieses Einstehen glaubhaft in die Tat umsetzen will, muss gegenüber dieser Initiative **Farbe bekennen.**

Winterthur, den 19. April 1989

Neue Helvetische Gesellschaft
Ortsgruppe Winterthur

PP

8400 Winterthur

Der norwegische Friedensforscher *Johann Galtung* hat die rein defensive **schweizerische Militärdoktrin** wiederholt als **beispielhaft** bezeichnet: «Meine These ist, dass die beste Politik für die Länder Europas (für Ost und West, Nord und Süd) darin bestünde, die Militärpolitik der Schweiz, Jugoslawiens, Österreichs, Finnlands und Schwedens nachzuahmen.» («Basler Magazin» Nr. 5 vom 2. Februar 1985).

Aus den Satzungen der NHG:

Die Neue Helvetische Gesellschaft ist überzeugt, dass der eidgenössische Bund verantwortlicher Bürger und verschiedenartiger Gemeinschaften auch die Probleme der Zukunft meistern kann. Sie vertraut der Kraft unseres wehrhaften Kleinstaates, sich zu behaupten und zur Stärkung der abendländischen Kultur beizutragen.



Redaktion und Herausgeber: NHG-Ortsgruppe Winterthur

Druck:

Druckerei Sailer + Cie, Winterthur